



NACHHALTIGER HAUSHALT

Wann, wenn nicht jetzt?

> Seite 3



8 STUNDEN NACHT- RUHE MINDESTENS

Spezial: Flughafen Berlin-Brandenburg

> Seite 6



INKLUSIVER UNTERRICHT

Umbau erfordert mehr LehrerInnen

> Seite 9



© fotolia.com / G.G. Lattek

Mit Spannung haben wir das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Leipzig zum Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) am 13. Oktober erwartet. Die Entscheidung fiel nicht so aus, wie die bündnisgrüne Fraktion und tausende BrandenburgerInnen es sich erhofft hatten: Das bisher vorgesehene eingeschränkte Nachtflugverbot wird nicht erweitert. Damit wollen wir uns nicht zufrieden geben und halten an unseren Forderungen fest:

Die Landesregierung soll als Gesellschafterin des Flughafens ein umfassendes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr durchsetzen. Und sie muss sich um ein breit angelegtes Gesundheitsmonitoring bemühen, um so die Grundlagen für weitere Entschei-

dungen zum Lärmschutz zu erhalten. Nicht immer sind politische Themen so schlagzeilenträchtig wie das Flughafenurteil, das Wahlrecht mit 16 oder der Ausbau der direkten Demokratie. Aber auch das sind wichtige Themen für uns: Schulinklusion, nachhaltiger Haushalt, Gleichstellungsgesetz, Stopp neuer Tagebauprojekte. Mehr dazu erfahren Sie in dieser Ausgabe.

Viel Spaß beim Lesen!

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

3 FRAGEN AN...

MICHAEL JUNGCLAUS


Wird es nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts kein umfangreiches Nachtflugverbot für den Flughafen Berlin-Brandenburg geben?

Das Urteil entlastet die Landesregierung nicht von ihrer Pflicht, sich für den Lärm- und Gesundheitsschutz der AnrainerInnen einzusetzen. Die RichterInnen sind lediglich der Auffassung, dass die bisherigen Beschlüsse im Ermessensspielraum der Behörde liegen. Das Urteil lässt dennoch Spielraum für ein Nachtflugverbot. Jene verantwortlichen PolitikerInnen, die öffentlich sagen, Lärmschutz sei wichtiger als Wirtschaftlichkeit, sollten auch so handeln.

Was sind zurzeit die wichtigsten Aspekte?

In der aktuellen Diskussion sollte es weniger um die Standortfrage, sondern vor allem um den Schutz der AnrainerInnen vor Beeinträchtigungen gehen. Ziel muss sein, die Mittel effektiv in den betroffenen Gebieten einzusetzen. Wir brauchen ein klares Nachtflugverbot, Lärmschutzmaßnahmen und ein aussagekräftiges Gesundheitsmonitoring, um die Menschen vor Ort zu schützen.

Worin liegen die größten Herausforderungen der Verkehrspolitik?

Brandenburg ist auf eine nachhaltige Verkehrspolitik angewiesen. Wichtig ist, dass der Bahnverkehr wettbewerbsfähig wird und mehr Verkehr auf die Schiene kommt. Gleichzeitig muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden: Brandenburg braucht bessere Takte und mehr Verbindungen. Bahnhöfe müssen erhalten bleiben und verkehrssicher ausgestattet sein. Je besser die Infrastruktur, desto attraktiver werden Bus und Bahn gegenüber Pkw und Flugzeug. Zudem muss die Politik einen Ordnungsrahmen schaffen, in dem Preissignale dafür sorgen, dass sich BürgerInnen für das ökologischste Verkehrsmittel entscheiden.

Michael Jungclaus ist verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

KEINE AGRO-GENTECHNIK AUF LANDESEIGENEN FLÄCHEN

Durch unseren Antrag „Keine-Agro-Gentechnik in Brandenburg“ kam das Thema auf die Tagesordnung der vergangenen Plenarsitzung. Die Landtagsmehrheit schloss sich einigen Forderungen an. So zum Beispiel dem Ausschluss von Agro-Gentechnik auf landeseigenen Flächen. Weiterhin soll sich die Landesregierung im Rahmen der Novellierung des Gentechnik-Gesetzes auf Bundesebene für mehr Rechtssicherheit von gentechnikfreien Regionen einsetzen. Abgelehnt wurde die Mitgliedschaft Brandenburgs im Europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“.

ERFOLGREICHER ÖKOSTROMANTRAG

Unser Antrag für eine komplette Versorgung der Brandenburger Landesbehörden mit Ökostrom ist in einer leicht abgeschwächten Fassung der Koalition im September erfolgreich beschlossen worden. Die Landesregierung wird aufgefordert, in der nächsten europaweiten Ausschreibung im Jahr 2013 einen 100-prozentigen Anteil an erneuerbaren Energien anzustreben. In der vergangenen Ausschreibung lag dieser Wert bei 50 Prozent. Wir freuen uns über diesen positiven Beschluss.

KULTURELLE BILDUNG

Zum ersten Mal haben alle Abgeordneten des Landtags einen gemeinsamen Antrag gestellt: Auf unsere Initiative hin wurde die Landesregierung beauftragt, bis zum zweiten Quartal 2012 ein Konzept zur kulturellen Bildung vorzulegen. Kulturelle Bildung schafft neue Perspektiven und befördert die Begegnung mit anderen Kulturen. Schwerpunkte sollen die finanzielle Absicherung der Angebote, eine bessere Einbindung an den Schulen, die Stärkung der bisherigen Träger kultureller Bildung und die Entwicklung von Förderkriterien sein.

NACHHALTIGER HAUSHALT: WANN, WENN NICHT JETZT?

Mit der Euro-Krise hat Haushaltspolitik einen neuen Stellenwert bekommen. Gesamtverschuldung, Nettokreditaufnahme und Zinslasten bestimmen die aktuelle Diskussion. Aktive Verschuldungspolitik wird nicht mehr toleriert und der Grundsatz nachhaltiger Budgetpolitik ist Allgemeingut geworden: Kein Staat und kein Land darf mehr über seine Verhältnisse auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben. Aber manchmal wirbeln unvorhergesehene Ereignisse den Haushalt durcheinander: Bei einem konjunkturbedingten Einbruch der Steuereinnahmen können die Ausgaben schnell aus dem Ruder laufen – dann muss eine zeitweilige Kreditaufnahme möglich sein. Weit häufiger ist die Ursache leerer Kassen jedoch falsche Politik. Inbegriff hierfür ist die Haushaltsplanung der Landesregierung für das Jahr 2012.

Gute Ausgangslage für 2012

Brandenburg ist derzeit finanziell auf Rosen gebettet. Die Steuereinnahmen sprudeln, die Zuweisungen vom Bund und der EU sind noch umfangreich und die Zinszahlungen aufgrund optimaler Refinanzierungsbedingungen auf Niedrigstniveau. So beträgt 2012 das Haushaltsvolumen zehn Milliarden Euro. Verglichen mit dem strukturell ähnlichen westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein ist unser Ausgabenrahmen fast zwei Milliarden Euro

höher, bereinigt um die geplanten Nettokreditaufnahmen sind wir sogar um 2,7 Milliarden besser gestellt. Eine nachhaltige Haushaltspolitik würde diese guten Bedingungen nutzen, um sich auf die Herausforderungen der nahen Zukunft vorzubereiten. Für die neuen Länder entfallen bis 2019 Zuweisungen in Milliardenhöhe, gleichzeitig steigen die Versorgungspflichten. Die gegenwärtige Ausgabenstruktur muss durch Prioritätensetzungen und umfangreiche Konsolidierungsanstrengungen umgestaltet werden.

Alle anderen neuen Länder stellen sich diesen Ansprüchen und wollen im Haushaltsjahr 2012 auf neue Schulden verzichten. Stattdessen setzt unsere Landesregierung konsequent auf Besitzstandswahrung und Konfliktvermeidung und will mit den enormen Steuermehreinnahmen den derzeitigen Ausgabenrahmen absichern.

Wir fordern: Keine neuen Schulden

Grüne Haushaltspolitik dagegen setzt heute an und stellt sich den Herausforderungen von morgen. Denn eine nachhaltige Haushaltspolitik bedeutet, den kommenden Generationen einen finanzpolitischen und damit zugleich einen sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben. Deshalb wollen wir auf die geplante Nettokreditaufnahme 2012 verzichten und gleichzeitig



© photocase.com / kallejpp

die Bereiche Bildung und Wissenschaft stärken. Zur Umsetzung dieser Vorgaben haben wir im Landtag eine Kombination aus Einnahmenerhöhungen, Kürzungen und Umschichtungen in Höhe von 320 Millionen Euro eingebracht. Unsere Vorschläge zeigen: Eine Prioritätensetzung für Zukunftsinvestitionen ist möglich, ohne zukünftige Generationen zu belasten.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf <http://gruenlink.de/416>

ALLES INKLUSIVE

Kurz vor dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember stellte die Landesregierung ihr behindertenpolitisches Maßnahmenpaket vor. Es umfasst 136 Handlungsempfehlungen, die helfen sollen, den Alltag Behinderter in Brandenburg zu erleichtern. Die seit langem versprochene Novelle des brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes wird die Regierung nun erst im März 2012 in den Landtag einbringen.

Das Maßnahmenpaket ist das Ergebnis von fünf Regionalkonferenzen, die das Sozialministerium vom Juni bis September 2010 durchgeführt hat. Nach dem Motto der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) „Nichts über uns ohne uns“ kamen Betroffene zusammen und sammelten Ideen. Insgesamt gab es über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ihre Vorschläge wurden auf einem Ideenworkshop unter Beteiligung der Selbsthilfeverbände und der kommunalen Behindertenbeauftragten ausgewertet und in den Forderungskatalog eingearbeitet. Damit reagiert die Landesregierung auf die UN-Behindertenkonvention, die von der Bundesrepublik ratifiziert und seit März 2009 als Bundesrecht in Kraft ist. Die Botschaft: Jedem Menschen – ob mit Behinderung oder ohne – steht aufgrund seiner Freiheits- und Menschenrechte die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe zu. Dies entspricht dem bündnisgrünen Werteverständnis in allen Politikfeldern.

Die Verschiebung der Gesetzesnovelle ist sehr ärgerlich. Dass das Maßnahmenpaket unter so breiter Beteiligung der Betroffenen erarbeitet wurde, ist hingegen zu begrüßen. Wir werden seine Details und die des angekündigten Gleichstellungsgesetzes sehr kritisch prüfen: Verbandsklagerecht, verbindliche Förder- und Baurichtlinien, Anspruch auf GebärdendolmetscherInnen, Formulierung klarer Etappenziele, Einbeziehung der Kommunen – daran haben sich meist die Geister geschieden. Wir gehen hoch motiviert ins parlamentarische Verfahren.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Sozialpolitik*

HOCHSCHULEN STÄRKEN!

Der ‚Hochschulpakt 2020‘ zwischen Bund und Ländern sollte trotz doppelter Abiturjahrgänge und Aussetzung der Wehrpflicht eine steigende Akademikerquote sichern. Brandenburg hat sich verpflichtet, bis 2015 die Zahl der Plätze für Studienanfängerinnen und -anfänger konstant zu halten. Im Gegenzug erwartet das Wissenschaftsministerium für 2012 rund 25 Millionen Euro Bundesmittel.

Davon sind im Haushaltsplan aber nur 15 Millionen als Einnahmen aufgeführt, wovon lediglich zehn Millionen an die Hochschulen weitergereicht werden sollten. Nach heftiger Kritik greift die Landesregierung jetzt zu einem Taschenspielertrick: Sie leitet das Geld zwar in voller Höhe weiter, entnimmt aber dafür fünf Millionen aus den Hochschulbau-Rücklagen. Zusätzlich wird den Hochschulen eine globale Minderausgabe von zwölf Millionen aufgebürdet, die die Unterstützung durch den Hochschulpakt fast zunichte macht. Offen

bleibt die Frage nach der Differenz zwischen den angekündigten Bundesmitteln und dem in den Haushalt eingestellten Betrag.

Natürlich laufen die Hochschulen Sturm und beklagen in offenen Briefen miserable Bedingungen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende. Unseren Antrag, die globalen Minderausgaben zu streichen, hat Rot-Rot abgelehnt. Aber die Landesregierung ist verpflichtet, die Hochschulpaktmittel in voller Höhe weiterzureichen. Wir können es uns nicht leisten, unsere junge, aber international anerkannte Hochschul- und Wissenschaftslandschaft sehenden Auges zu zerstören.

*Marie Luise von Halem
Sprecherin für Bildungspolitik*



MEHR DIREKTE DEMOKRATIE UND WAHLRECHT MIT 16

Im Februar 2011 haben wir zwei Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht, um die direkte Demokratie zu stärken. Darin fordern wir die Einführung freier Unterschriftensammlungen bei Volksbegehren, die Lockerung des restriktiven Themenausschlusses und die Abschaffung des Quorums beim einfachen Volksentscheid. Die FDP-Fraktion hatte im August 2010 Gesetzentwürfe für die Absenkung des Wahlalters auf 16 in Kommunen vorgelegt. Daraus entwickelte sich eine Debatte, ob Brandenburg auch das Wahlalter 16 landesweit einführen sollte. Dies entspricht unserer langjährigen Forderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war die erste Fraktion, die einen entsprechenden Änderungsantrag zum FDP-Vorstoß einbrachte.

Lange Zeit lagen beide Gesetzesvorhaben auf Eis

Die SPD-Fraktion hat sich ihre widerstrebende Zustimmung zum Wahlalter 16 nur durch eine Paketlösung abtrotzen lassen: Beide Vorgänge wurden gekoppelt und die Ablehnung substantieller Verbesserungen bei der direkten Demokratie mit dem Wahlalter 16 verrechnet. Über Monate waren beide Themen nicht auf der Tagesordnung, weil die SPD Zugeständnisse bei der Volksgesetzgebung verweigerte. Wir haben die Koppelung immer kritisiert. Beide Vorhaben sind wichtige eigenstän-



dige Projekte. Wir fordern eine Volksgesetzgebung, die Volksentscheide ermöglicht und nicht verhindert, und das aktive Wahlalter ab 16 auf allen Ebenen.

Landtagsentscheidung bringt kaum Fortschritte

Im Oktober kam der Vorstoß für neue Gesetze zur direkten Demokratie ab 2012. Sie enthalten nur marginale Verbesserungen: Kleine Fortschritte sind die verlängerte Sammelfrist und ein so genannter „Briefeintrag“ beim Volksbegehren. Doch Themenvorbehalt und Quoren werden nicht angerührt, eine freie Sammlung wird es nicht geben. Über die Eröffnung zusätzlicher Abstimmungsbüros in Schulen oder Bibliotheken entscheiden die Kommunen. Diese werden sich kaum mehr Arbeit ma-

chen wollen. Da durch die Abstimmungsräume ein Abgleich der Unterschriften vorab mit dem Melderegister nicht mehr möglich ist, ist es umso grotesker, die freie Sammlung nicht zu erlauben. Diese ist in allen übrigen neuen Ländern und Berlin zulässig.

Die Gesetzesvorhaben müssen im Dezember und Januar noch durch den Landtag. Vermutlich werden die Neuerungen auch für die schon eingereichten Volksinitiativen zum Nachtflugverbot und „Schule in Freiheit“ gelten, wenn sie erst danach in die Stufe des Volksbegehrens eintreten.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Innenpolitik*

Näheres auf <http://gruenlink.de/4wu>

NACHTFLUGVERBOT: REGIERUNG WEITER IN DER VERANTWORTUNG

©photo case.com / atdesign.de

Bereits Ende 2010 hat unsere Fraktion den Antrag für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr am Flughafen Berlin-Brandenburg in Schönefeld eingebracht. Eine offizielle Entscheidung der rot-roten Landesregierung über unseren Antrag steht nach wie vor aus. Die Regierungsfaktionen haben mit ihrer Verzögerungstaktik das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes am 13. Oktober abwarten wollen. Das Urteil hat nun bestätigt, dass im Planergänzungsbeschluss „Lärmschutzkonzept BBI“ die Forderungen des Gerichtsurteils von 2006 formal und inhaltlich korrekt umgesetzt wurden. Eine Ausweitung des bisher vorgesehenen Nachtflugverbotes von 24 bis 5 Uhr hat das Gericht bedauerlicherweise nicht gefordert.

Lärmschutz verstärken

Das Urteil entlastet die Regierung nicht von ihrer Verantwortung für den Lärm- und Gesundheitsschutz der Anrainer-

Innen. Der vom Gericht bestätigte Planergänzungsbeschluss legt lediglich Mindeststandards fest. Sie dürfen aber nicht Maßstab der Politik sein. Wir fordern die Landesregierung auch auf, als Gesellschafterin des Flughafens mit einem Anteil von 37 Prozent auf ein umfassendes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr hinzuwirken. Das öffentlich verkündete Versprechen, dass der Lärmschutz Vorrang vor wirtschaftlichen Belangen des Flughafens habe, muss eingelöst werden.

Volksinitiative übt Druck aus

Am 19. September hat die Volksinitiative Nachtflugverbot dem Landtagspräsidenten 44.000 Unterschriften überreicht. Der Landtag muss sich nun erneut mit dem Thema befassen, voraussichtlich im Dezember. Sollte die Landesregierung der Forderung eines Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr nicht zustimmen, kommt es abermals auf die Bürgerinnen und Bür-

ger an: Für ein Volksbegehren müssten 80.000 Unterschriften innerhalb von vier Monaten gesammelt werden. Sofern die Landesregierung wieder nicht einlenkt, könnte es zu einem Volksentscheid kommen.

Die rot-rote Landesregierung sieht sich durch das Gerichtsurteil in ihrer bisherigen Position bestätigt. Unsere Fraktion und die Bürgerinnen und Bürger sind deshalb weiterhin gefordert, sich für ein umfangreiches Nachtflugverbot auszusprechen. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen geht hervor, dass sich Fluglärm insbesondere während der Nacht negativ auf die Gesundheit auswirkt. Wir fordern daher mindestens acht Stunden erholsamen Schlaf für alle Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafens.

Michael Jungclaus
Verkehrspolitischer Sprecher

Näheres auf <http://gruenlink.de/2rr>

GOLDGRUBE ODER FASS OHNE BODEN?

Der Willy-Brandt-Flughafen in Schönefeld ist mit einem Investitionsvolumen von 2,4 Milliarden Euro eines der größten Infrastrukturprojekte Europas. Investor, Eigentümer und zukünftiger Betreiber ist ein vom Bund sowie den Ländern Berlin und Brandenburg begründetes öffentliches Unternehmen. Ursprünglich sollte die Privatwirtschaft den Hauptstadtflughafen realisieren. Doch das Risiko für den politisch gewollten Prestigebau war privaten Bauherren zu hoch. Nun haftet Brandenburg mit rund einer Milliarde Euro für den Erfolg des Flughafens. Wohl und Wehe von Schönefeld wirken sich also direkt auf den Landeshaushalt aus.

Grund für unsere Fraktion mit einer Großen Anfrage, die Wirtschaftlichkeit des Flughafens offen zu legen. Die Antworten sind ernüchternd. Der Flugbetrieb wird absehbar seine Kosten nicht decken. Nur ein deutlicher Rentabilitätssprung bei den laufenden Einnahmen könnte die Betriebsaufwendungen decken und die bisherigen Investitionen refinanzieren. Der Betreiber setzt auf hohe Umsätze im Non-Aviationbereich (z.B. Mieten des Einzelhandels). Deshalb soll der Flughafen neben internationalem Drehkreuz auch regionales Einkaufszentrum werden. Unsere Berliner Nachbarn setzen auf weiteres Wachstum und Ausbau. Für unsere Fraktion ein Irrweg – auch weil das wirtschaftliche Risiko sehr hoch ist.

Der Erfolg des Flughafens ist stark vom innerdeutschen Flugverkehr und damit von Billigfliegern abhängig. Wenn zukünftig die Flugverkehrssteuern steigen oder Emissionszertifikate teurer werden, hat das auch Konsequenzen für den Flughafen. Mit öffentlichen Mitteln agiert die Flughafengesellschaft in einem hochriskanten und stark konjunkturabhängigen Markt. Der Bund hat sich für den Verkauf seiner Anteile entschieden. Wie Brandenburg seine Risiken eingrenzen kann, ist dagegen offen. Darüber muss weiter diskutiert werden.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf <http://gruenlink.de/4wz>
und <http://gruenlink.de/53l>

VORHER-NACHHER-VERGLEICH ZWINGEND

Am 3. Juni 2012 soll der Flughafen Berlin-Brandenburg eröffnet werden. Danach wird der Flugverkehr erheblich zunehmen. Dieser wird auch die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner beeinträchtigen: Möglich sind vor allem Herz-Kreislauf-Beschwerden oder psychische Erkrankungen. Die Landesregierung plant, ein Gesundheitsmonitoring im Rahmen einer Lärmwirkungsstudie am Flughafen Frankfurt/Main durchzuführen. Brandenburg wird sich als Vergleichsflughafen an einer Untersuchung zu Lärmbelastigung und Lebensqualität beteiligen. Hierfür sollen 5.000 BürgerInnen befragt werden. Weiterhin sollen Konzentrationsstörungen von Kindern an Schulen analysiert werden.



©fotolia.com / 29033150

Renommierte Experten und Expertinnen kritisieren bereits im Vorfeld, dass das geplante Untersuchungsdesign für die Befragung von AnwohnerInnen erhebliche Defizite aufweist. Sie erwarten daher von den Ergebnissen keine belastbaren Prognosen, wie häufig Krankheiten auftreten und wie hoch die Raten der Neuerkrankungen sein werden. Die bündnisgrüne Fraktion forderte daher in einem leider von der rot-roten Koalition abgelehnten Antrag die ergänzende Auswertung umfangreicher Krankenkassendaten und den sofortigen Beginn aller Untersuchungen. Nur so wäre ein umfassender Vorher-Nachher-Vergleich möglich. Die Ergebnisse des Monitorings könnten anschließend Grundlage sein, um über ergänzende Schallschutzmaßnahmen zu entscheiden.

Michael Jungclauss
Verkehrspolitikischer Sprecher

Näheres auf <http://gruenlink.de/4www>

BEVOR DER BAGGER KOMMT

Mit Wohlwollen der rot-roten Landesregierung will der Energiekonzern Vattenfall die Braunkohleverstromung weiter betreiben und mehrere Tagebaue neu aufschließen. Zum Beispiel südlich von Cottbus, rund um die Gemeinde Welzow (Landkreis Oberspreewald-Lausitz), will Vattenfall über 1.900 Hektar wegbaggern, um von 2027 bis 2042 Braunkohle zu fördern.

Massive Beeinträchtigungen

Sollte der Tagebau kommen, müssten 810 Menschen ihre Heimat in Proschim, Lindenfeld und Welzow verlassen. Der Ort Lieske würde auf einem schmalen Streifen zwischen altem und neuem Bergbau eingeklemmt. Bahnsdorf stünde direkt an der Tagebaukante. Die abgebaute und anschließend verheizte Kohle würde 204 Millionen Tonnen Kohlendioxid freisetzen. Auch das Grundwasser ist gefährdet: Durch die Entwässerung tieferer Erdschichten erhöht sich der Sulfateintrag ins Grundwasser und die Oberflächengewässer versauern.

Vattenfall will das Abbaugelände nach Süden hin durch eine unterirdische Dichtwand abschließen. Derzeit wird ihr Verlauf gerichtlich angefochten. Denn ob sie wirksam schützen kann, ist fraglich – das Gebiet weist eine eiszeitlich gestörte Rinnenstruktur auf. Zur Stadt Welzow ist keine Dichtwand vorgesehen. Hier drohen weitere Bergschäden durch das Sinken und Ansteigen des Grundwassers.

Die Betroffenen vor Ort wehren sich

Die lokale Bevölkerung stellt sich massiv gegen die Pläne des Konzerns. Tausende von Einwendungen (genaue Zahl lag bei Redaktionsschluss nicht vor) wurden bis zum 30. November 2011 eingereicht. „Wir Proschimer wollen unsere Heimat behalten“, sagt Ortsvorsteherin Petra Rösch, zugleich Geschäftsführerin der Landwirte Proschim GmbH. Durch den neuen Tagebau verlören



die Bauern Ackerflächen und wären gezwungen, die ertragsarmen Bergbaukippen zu bewirtschaften. „Der Firmenverbund Proschim fürchtet um die Existenz seiner 89 Angestellten“, so Rösch. Die bündnisgrüne Landtagsfraktion unterstützt den Protest und reichte fachliche Einwendungen ein. Um den Widerstand zu stärken, wurde am Reformationstag das Bündnis „Heimat und Zukunft in Brandenburg“ gegründet. In ihm engagieren sich bündnisgrüne Politikerinnen und Politikern aus Brandenburg, zahlreiche Initiativen, WissenschaftlerInnen und Organisationen.

Der Braunkohleabbau ist nicht nur ein regionales Thema, sondern für ganz Brandenburg relevant: Die Schäden des Wasserhaushalts um Welzow würden sich auch auf die Einzugsgebiete von Spree und Havel auswirken. Zudem findet die von Kohlekraftwerken verursachte Klimaveränderung überall statt. Nach dem vorläufigen Scheitern des CCS-Gesetzes muss die Landesregierung einsehen, dass die Verstromung von Braunkohle keine Zukunft in Brandenburg hat. Jetzt ist der Zeitpunkt, um konsequent auf erneuerbare Energien zu setzen.

*Sabine Niels
bündnisgrüne Landtagsabgeordnete für den Landkreis
Oberspreewald-Lausitz*

Näheres auf www.lausitzer-braunkohle.de
und www.heimatzukunft.de

AUF DEM WEG ZUR INKLUSIVEN SCHULENTWICKLUNG

Im Dezember 2008 haben Bundestag und Bundesrat jeweils einstimmig die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angenommen. Damit hat sich Deutschland verpflichtet, die Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern und Diskriminierung zu verhindern. Für den Bildungsbereich ist vor allem der Artikel 24 von Bedeutung, der das Ziel einer „inclusive education“ für alle Kinder und Jugendlichen einfordert.

Die Brandenburger Landesregierung hat spät darauf reagiert. Erst Bildungsministerin Martina Münch hat 2011 das Thema Inklusion auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei ist ihr allerdings ein schwerer Fehler unterlaufen: Sie hat das Jahr 2019 als Schließungsdatum für die Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung ausgegeben, ohne den Beteiligten den Weg dorthin aufzuzeigen. Bis heute gibt es von ihr keine Umsetzungsstrategie, keine Eckpunkte und keinen Fahrplan. Darauf reagierten die Beteiligten mit heller Aufregung und die Ministerin zog die Jahreszahl wieder zurück.

Inklusion ist kein Sparmodell

Um mögliche Wege für einen Umbau des Brandenburger Schulsystems aufzuzeigen, haben wir ein Gutachten beim Berliner

Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz in Auftrag gegeben. Für uns ist wichtig, dass die gegenwärtigen Ausgaben für die Förderschulen in gleicher Höhe in das inklusive Schulsystem fließen und in allen einschlägigen Gesetzen und Vorschriften das Recht jeden Kindes auf inklusive Bildung verankert wird.

Zusätzliches Thema für Lehramtsausbildung

Unsere zentrale Schlussfolgerung aus der Studie ist, dass in Zukunft auf die Feststellungsdiagnostik im Bereich der Förderschwerpunkte Lesen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache verzichtet werden muss. So werden Ressourcen frei, die

für diese Förderbereiche pauschalisiert an die Schulen verteilt werden können. Nur so sind die Schulen in der Lage, für alle Kinder individuelle Förderung durch multiprofessionelle Teams anzubieten. Für die jetzigen Lehrkräfte muss ein groß angelegtes ‚Fortbildungsprogramm Inklusion‘ konzipiert werden. Künftige LehrerInnen können sich durch inklusionspädagogische Studieninhalte besser vorbereiten. Bei diesem Umbauprozess müssen alle Beteiligten angemessen eingebunden werden.

Marie Luise von Halem
Parlamentarische Geschäftsführerin

Näheres auf <http://gruenlink.de/4tl>



IM PORTRAIT

NIKOLAS SCHELLING: DER MANN FÜR DEN HAUSHALT

Auf dem Schreibtisch von Nikolas Schelling stapeln sich die Unterlagen: Neben Ordnern für die Haushaltsverhandlungen liegen Materialien für eine Informationstour zum öffentlichen Nahverkehr. Eine weitere Mappe nimmt Nikolas mit zum Haushalts-Fachausschuss. Insgesamt arbeitet der Referent für Wirtschaft, Infrastruktur, Haushalt und Finanzen in vier solcher Gremien, betreut zwei Abgeordnete und berät die bündnisgrüne Fraktion bei Themen wie europäische und nationale Förderstrukturen. „Dieses abwechslungsreiche Aufgabenfeld gefällt mir besonders an meiner Arbeit“, sagt der 30-jährige Berliner.

Vielseitiger Blick auf das politische Parkett

In seiner Heimatstadt hat der junge Familienvater auch seinen beruflichen Weg begonnen. Nach dem Abitur probierte er verschiedene Studiengänge aus: Geschichte, Romanistik und Religionswissenschaften. Am Ende kam er auf Volkswirtschaftslehre (VWL) und damit auf den Geschmack. „Das VWL-Studium hat mir ein Grundgerüst

für die politische Arbeit verschafft“, resümiert er. 2008 hatte er seinen Abschluss in der Tasche und bereits praktische Erfahrungen in der Politik gesammelt – zum Beispiel während seines Praktikums im Bundeswirtschaftsministerium. Erste Berührungspunkte mit grüner Politik ergaben sich für ihn während seines Praktikums bei der wirtschaftspolitischen Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Kerstin Andreae. Eine andere Perspektive auf das politische Feld eröffnete ihm sein erster

Job als Referent beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). „Der Verband ist eine gute Adresse für den Start ins Berufsleben“, begründet er seine damalige Entscheidung, die Stelle anzutreten. Während der nächsten anderthalb Jahre konnte er sich einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Akteure der Wirtschaftspolitik verschaffen. Dann drängte es ihn zurück zu grünen Themen – er bewarb sich bei den Bündnisgrünen in Potsdam. „Im Vorstellungsgespräch musste ich natürlich den Wechsel vom BDI zu den Grünen erklären“, erinnert sich Nikolas. Seine Begründung war überzeugend: Er wurde 2010 der erste Fachreferent der Fraktion.

Nächstes Projekt: Der Weihnachtsbaum

Überzeugend sind auch Nikolas' Pläne für die Vorweihnachtszeit. Seinen beiden Kindern, vier und zwei Jahre alt, hat er vorgeschlagen, gemeinsam einen Weihnachtsbaum zu besorgen. Sie wollen eine Baumschule in Brandenburg besuchen. Nikolas träumt von einer Nordmann-Tanne – im vergangenen Jahr hatte sich dieser Wunsch noch nicht erfüllt. „Aber ich bin optimistisch, dass es dieses Mal in Rangsdorf klappt“, sagt er lachend. „Auf jeden Fall wird es ein großer Spaß für die Kinder.“



KOMMUNALE UNTERNEHMEN FIT MACHEN FÜR DIE ZUKUNFT

Kommunale Unternehmen haben eine große Bedeutung in Brandenburg. Sie sind ein wichtiges Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft und sichern die Wertschöpfung in der Region. Sie gehören oft zu den größten Arbeitgebern vor Ort und stärken durch ihre Investitionen die lokalen Unternehmen. Meistens sind die kommunalen Betriebe keine Konkurrenz der privaten, sondern stattdessen für Handwerk, Handel und Dienstleister wichtige Auftraggeber, die lokal und regional verwurzelt sind und nicht aus einer weit entfernten Konzernzentrale heraus ihre Entscheidungen treffen.

Nachhaltige Rahmenbedingungen

Kommunale Unternehmen stehen genauso wie die Kommunen selbst vor erheblichen Herausforderungen. Die demografische Entwicklung und die sinkende Finanzausstattung der Kommunen sind auch für die wirtschaftliche Betätigung und die Sicherstellung der Daseinsvorsorge von großer Bedeutung. Daher ist die Novellierung des Gemeindewirtschaftsrechts in der Kommunalverfassung dringend notwendig, damit kommunales Handeln und Wirtschaften zum Nutzen der Bevölkerung auch in Zukunft möglich bleibt. Die angestrebten Verbesserungen für die Städte und Gemeinden sind kein Teufelszeug oder die Abschaffung der

Marktwirtschaft, wie CDU und FDP lautstark beklagen, sondern schlicht notwendig. Gut aufgestellte kommunale Unternehmen sind eine Rückversicherung der Städte und Gemeinden gegen eine Abwärtsspirale, die ein Rückzug von privaten Investoren aus der Fläche bedeuten kann. Wieso sollten Stadtwerke also nicht auch kostenneutral ein Kino betreiben dürfen (wie es in Schwedt der Fall ist), wenn es sonst keinen privaten Betreiber gibt, dessen Renditeerwartungen erfüllt würden?

Damit kommunale Unternehmen wie Stadtwerke wettbewerbsfähig bleiben, ist es für sie wichtig, dass sie sich in den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung überörtlich betätigen können. Darin liegt auch eine Chance für die Energiewende, die sich mit den vier Dinosauriern der Energiewirtschaft, die weiterhin auf Kohle setzen, nicht durchführen lässt. Eine regionalisierte, auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzende Politik braucht vor Ort starke Stadtwerke.

Mehr Transparenz und Kontrolle

Wir verschließen aber auch nicht die Augen vor den Problemen, die mit kommunaler Wirtschaftstätigkeit einhergehen können. Leider haben nicht alle kommunalen Betriebe in letzter Zeit für positive Schlagzeilen gesorgt. Unsere Forderungen nach mehr Transparenz und Kontrolle der Unternehmen beispielsweise durch Locke-

rung der Verschwiegenheitspflicht für Aufsichträte oder Berichtspflicht über Spenden und Sponsoring haben wir in einem Positionspapier zusammengefasst. Unsere Leitlinie in dieser Debatte im Landtag ist: Ja zu verbesserten Rahmenbedingungen für die kommunalen Unternehmen und Ja zu mehr Transparenz und öffentlicher Kontrolle.

*Ursula Nonnemacher
Sprecherin für Innen- und
Kommunalpolitik*

Näheres auf <http://gruenlink.de/4rd>



TASTE THE WASTE – EIN FILM PROVOZIERT

Neue Wege in der Fraktionsarbeit: Von Rathenow bis Falkenberg/Elster: Überall haben wir den Film „Taste the Waste“ gezeigt und die ZuschauerInnen eingeladen, mit ExpertInnen und uns über die globale Lebensmittelverschwendung zu diskutieren. Fast die Hälfte der Lebensmittel landet im Müll, oft noch bevor sie die VerbraucherInnen erreicht. Regisseur Valentin Thurn macht klar, dass an diesem System alle beteiligt sind: Erzeuger, Handel, Verbraucher. Global, europaweit und lokal. Um etwas zu verändern, sind Lösungen auf allen Ebenen gefragt. Die EU und das Land Brandenburg dürfen nicht länger Massenproduktion und Billigexporte subventionieren, sondern müssen Qualität und Nachhaltigkeit fördern. Der Handel muss seine Geschäftspolitik überdenken. Und die VerbraucherInnen müssen eine Wertschätzung für ihr „täglich Brot“ entwickeln. Brandenburg erarbeitet derzeit eine verbraucherpolitische Strategie, deren

Maßnahmen zur Verbraucherbildung aus unserer Sicht nicht ausreichen: Ein Arbeitskreis soll weitergeführt, ein neuer gegründet werden. Geplant ist, Verbraucherthemen stärker in die Lehrerbildung der Sek I und II zu integrieren. Sie gehören aber bereits in die Kitas und Grundschulen, welche die Essgewohnheiten unserer Kinder prägen. Hier muss das Land in der Programmplanung für die nächste Haushaltsperiode der EU aktiv werden und entsprechende Förderprogramme auflegen.

Die Befürworter von Massentierhaltung und Gentechnik führen oft das Argument ins Feld, nur so sei die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Der Film zeigt, dass das falsch ist. Wir alle stehen vor der Aufgabe, die unglaubliche Verschwendung zu beenden.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

Näheres auf <http://gruenlink.de/2qz>

PUBLIKATIONEN



LANDEHRERIN IN SICHT?

MÖGLICHKEITEN FÜR EINE
AUSREICHENDE VERSORGENG
LEHRKRÄFTEN IN SCHULEN
PERIPHERISIERTER
REGIONEN BRANDENBURGS



BRANDENBURG AUF DEM WEG ZUR
INKLUSIVEN SCHULENTWICKLUNG
BIS 2020



Sie haben Interesse an einer
unserer Publikationen oder wollen
brandGRÜN abonnieren?
Schreiben Sie uns eine E-Mail an:
info@gruene-fraktion-brandenburg.de

Auf unserer Webseite finden Sie
alle Publikationen als Download:
[http://gruene-fraktion-brandenburg.de/
publikationen/](http://gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen/)

IMPRESSUM

brandGRÜN
Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arlinger
Textredaktion: Alena Müller
Bildredaktion: Franziska Petruschke
Titelbild: fotolia.com / G. G. Lattek
Satz und Layout: ZITRUSBLAU,
Berlin, Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG

TERMINE

Ausstellung: „Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Brandenburg und Berlin“
Fraktionsflur der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag,
Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, noch bis 21. Dezember 2011

Neujahrsempfang der Fraktion Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte,
Schloßstr. 12, 14467 Potsdam, Donnerstag, 19. Januar 2012, 18 Uhr

Weitere Informationen zu unseren Fraktionsveranstaltungen 2012:
gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen/